

Niederschrift  
der 03. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 08.03.2016  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende 18:30 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

**Anwesend:**

Vorsitzende/r

Frau Sabine Ehlert

stellv. Vorsitzende/r

Herr Reinhard Kremser

Mitglieder

Herr Heino Fleischer

Frau Kerstin Friesenhahn

Frau Anett Kindler

bis 18:15 Uhr

Frau Maria Quintana Schmidt

Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Vertreter

Frau Kathrin Ruhnke

Vertretung für Herrn Harald Ihlo

Frau Brigitta Tornow

Vertretung für Frau Dr. Heike Carstensen

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Frau Sarah Cornils

Herr Tino Krusch

Gäste

Herr Richard Kreutzberg

Frau Alexandra Müller

Frau Liane Biedenweg

Frau Maren Bittner

Frau Cathleen Spröte

Herr Benjamin Fischer

Herr Daniel Ruddies

**Tagesordnung:**

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 16.02.2016
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen

- 4.1 Drogenproblematik in Stralsund
- 4.2 Rollstuhl-Rallye 2016 in Stralsund
- 4.3 Beratung zum Thema Prostitution, Frauenhandel und Modellwohnungen
- 4.4 Sachstand Frauenschutzhaus
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind zu Beginn der Sitzung 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

#### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen oder Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

#### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 16.02.2016**

Die Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 16.02.2016 wird bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

#### **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

#### **zu 4 Beratung zu aktuellen Themen**

##### **zu 4.1 Drogenproblematik in Stralsund**

Gäste: Frau Bittner, Frau Spröte

Frau Bittner informiert, dass die Suchtberatungsstelle ausschließlich für das Gebiet der Hansestadt Stralsund und für Personen bis zu einem Alter von 27 Jahren zuständig ist.

Frau Spröte ist Suchtberaterin. Sie teilt mit, dass in Stralsund derzeit alle gängigen Drogen konsumiert werden.

Auch die Mediensucht nimmt immer mehr zu.

Ein großes Problem ist derzeit der steigende Konsum von „Leagl Highs“. Hierbei handelt es sich um eine Kräuterteemischung die mit chemischem Cannabis versetzt ist und daher eine Konzentration nicht abschätzbar ist. In Deutschland sind die Todeszahlen durch diese Droge steigend.

Auch der Konsum von Spice ist steigend.

Zur Beratung der Jugendlichen teilt sie mit, dass die Altersspanne zwischen 11 und 27 Jahren liegt. Das Einstiegsalter sinkt immer weiter. Dadurch steigt die schnellere Abhängigkeit. Der Hauptinhalt der Beratungsgespräche ist derzeit Alkohol.

Im Jahr 2015 wurden ca. 150 Klienten in 758 Beratungsgesprächen beraten. Das ist derzeit die Kapazitätsgrenze, da nur eine Suchtberaterin mit 35 Wochenstunden angestellt ist.

Frau Friesenhahn stellt fest, dass die Vermittlung in andere Hilfen nur einen sehr kleinen Teil ausmacht.

Frau Spröte stellt dazu klar, dass die Suchtberatung nur Empfehlungen aussprechen kann. Ob diese dann so angenommen und umgesetzt werden, liegt immer beim Klienten und nicht bei der Beratungsstelle.

Viele Beratungsgespräche finden auch mit Personen statt, die z.B. nur einmal konsumiert haben. Es sind nicht alle Personen schon abhängig.

Auf Nachfrage von Frau Friesenhahn teilt Frau Spröte mit, dass Gespräche zu „Crystal Meths“ sehr gering sind.

Frau Bittner informiert, dass im Oktober 2015 eine Online-Beratung eingerichtet wurde, damit auch Personen anonyme Anfragen stellen können ohne gleich persönlich vorstellig werden zu müssen.

An Schulen und in Bussen hängen Plakate aus, um auf die Beratungsangebote aufmerksam zu machen.

Sie macht deutlich, dass auch Cybermobbing ein großes Thema ist.

Der Verein würde gern auch in Grundschulen schon Beratung zu Medien und Netzwerken durchführen. Dies ist jedoch erst ab einem Alter von 10 Jahren gestattet.

Frau Kindler möchte wissen, was bei Überbedarf passiert, der nicht durch den Verein aufgefangen werden kann.

Dazu informiert Frau Bittner, dass derzeit eine mobile Suchtberatung in Erarbeitung ist, um dadurch mehr Jugendliche ansprechen zu können.

Die Onlineberatung erfolgt über E-Mail Kontakt und ggf. per Chat.

Die Finanzierung der ESF-geförderten Stellen ist nur bis 2020 gesichert.

Herr Kremser fragt nach, ob dem Verein auch Informationen zur Beschaffungskriminalität vorliegen. Dazu führt Frau Bittner aus, dass keine konkreten Rückschlüsse geschlossen werden können.

Frau Spröte führt weiter aus, dass einige Jugendliche zu ihr kommen, da sie per Gericht die Auflage erhalten haben, sich in die Suchtberatung zu begeben.

Sie macht deutlich, dass Vertrauen aufgebaut werden muss.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Stahlberg teilt Frau Spröte mit, dass es auch im Landkreis Anlaufstellen für die Jugendlichen gibt.

Frau Friesenhahn möchte wissen, wo die Mitarbeiter ihren Erfolg sehen. Dazu führt Frau Spröte aus, dass es ein Erfolg ist, wenn die Jugendlichen ihre Termine wahrnehmen, wenn sie selbst gesteckte Ziele erreichen und wenn es sogar gelingt, die Jugendlichen zum „clean sein“ zu bekommen.

Frau Quintana Schmidt schlägt vor, weiter um Förderungen und Hilfen zu werben. Die Arbeit des Vereins ist sehr wichtig.

Frau Ehlert dankt dem Verein für die ausführlichen Informationen.

#### **zu 4.2 Rollstuhl-Rallye 2016 in Stralsund**

Herr Bogusch erinnert noch einmal an das Ergebnis der vergangenen Sitzung, dass großes Interesse an der Veranstaltung besteht.

Herr Bogusch bittet um Übergabe der Kontaktdaten von Frau Hellmann, da diese an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann.

Frau Ehlert schlägt vor, den Termin für den 02.06.2016 festzulegen.

Herr Kremser bittet die Unterlagen von vor ca. zehn Jahren dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Herr Fleischer teilt mit, dass es einen Film geben soll.

Das Thema wird zur nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

#### **zu 4.3 Beratung zum Thema Prostitution, Frauenhandel und Modellwohnungen**

Herr Krusch informiert, dass es gewerberechtlich keine Registrierungspflicht für Prostituierte gibt.

Das Prostitutionsgesetz des Bundes wurde 2002 erarbeitet und 2007 überarbeitet.

Das Prostituiertenschutzgesetz ist in Erarbeitung, aber derzeit noch nicht beschlossen worden. Es könnte nach derzeitigem Stand zum 01. Juli 2017 in Kraft treten.

Es ist vorgesehen, dass eine Anmeldung Pflicht wird und die Frauen an einer gesundheitlichen Beratung in einer öffentlichen Einrichtung teilnehmen müssen.

Der Menschenhandel und die Zwangsprostitution werden durch die Polizei überwacht.

Herr Kremser ist der Meinung, dass der Stadt alle Wohnungen, wo Prostitution stattfindet, bekannt sein sollten.

Frau Dr. Stahlberg teilt mit, dass es auch die sogenannte „Hausfrauenprostitution“ gibt. Auch hier erfolgt keine Registrierung.

Frau Ehlert erfragt, ob auch in Mehrfamilienhäusern der Prostitution nachgegangen wird. Dazu teilt Herr Krusch mit, dass dies möglich sein könnte.

Herr Krusch informiert, dass das Bundesjustizministerium an den Themen Zwangsprostitution und Menschenhandel arbeitet.

Die Ausschussmitglieder einigen sich, das Thema zu gegebener Zeit erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

#### **zu 4.4 Sachstand Frauenschutzhaus**

Gast: Frau Biedenweg

Frau Biedenweg informiert zur Statistik aus dem Jahr 2015.

Es wurden 33 Frauen mit 34 Kindern aufgenommen.

Die durchschnittliche Auslastung lag bei 54 %. Der Durchschnitt der Aufenthaltsdauer lag bei 63 Tagen, wobei einige Frauen nur wenige Tage und andere mehrere Monate im Schutzhaus leben.

Im Vergleich zu 2014 sind die Aufnahmezahlen rückläufig. Dies könnte an der guten Vernetzung liegen und daran, dass der Täter der Wohnung verwiesen werden kann.

Viele Frauen sind oft ohne jegliche finanzielle Absicherung. Dort müssen die Ämter angelaufen werden.

Weiter muss für Kinderbetreuung und Schulbesuche der Kinder gesorgt werden. Auch Besuche bei Rechtsanwälten, Gespräche mit dem Jugendamt, Sorgerechtslösungen usw. werden durch die Mitarbeiter unterstützt. Es wird therapeutische Hilfe angeboten für Frauen und Kinder.

Der Bildungsgrad der Frauen ist oft sehr niedrig. Vielfach wurde eine Ausbildung begonnen, aber nie beendet. Es gibt auch einige Frauen ohne Schulabschluss.

Das Alter der Frauen lag zwischen 25 und 40 Jahren.

Körperliche und auch psychische Gewalt spielen eine große Rolle. Die Frauen stellen in den seltensten Fällen Strafanzeige gegen den Gewaltausübenden.

Im vergangenen Jahr wurden 4 Frauen mit Migrationshintergrund aufgenommen. Die Verständigung klappt gut. Der Zeitaufwand bei diesen Frauen ist jedoch viel höher, da alle Wege erst einmal begleitet werden müssen.

Frau Friesenhahn fragt nach, wie sich die finanzielle Anhängigkeit verhalten hat. Dazu führt Frau Biedenweg aus, dass 50 % bei Aufnahme keine Absicherung hatten, da sie beim Jobcenter nicht gemeldet waren, vom Partner abhängig waren oder keine eigenen Geldeinkünfte hatten. Dann wurden die Behördenwege erst einmal abgeschritten, um die Frauen abzusichern.

Auf weitere Nachfrage erläutert Frau Biedenweg, dass die Kinder von Frauen, die nicht aus Stralsund stammen, hier in Schulen, Kitas oder bei Tagesmüttern untergebracht werden müssen.

Die Frauen werden meist in neue Haushalte entlassen. Ein geringer Teil geht in den Ursprungshauhalt zurück.

Frau Dr. Stahlberg erfragt, wie die Zuweisung erfolgt. Dazu führt Frau Biedenweg aus, dass der größte Teil über professionelle Dienste und die Polizei zugewiesen wird. Ein geringer Teil kommt von sich aus in das Frauenschutzhaus.

Auf Nachfrage von Frau Ehlert informiert Frau Biedenweg, dass mit den Frauen ein „Sicherheitsplan“ erarbeitet wird, um nicht wieder die gleichen Fehler zu machen oder die gleichen Probleme zu haben.

Aber es ist mit neuen Partnern nicht immer besser.

Frau Quintana Schmidt erfragt, ob die Mitarbeiter gut aufgestellt sind und ob die Arbeit schaffbar ist.

Dazu erläutert Frau Biedenweg, dass bei einer Belegung von 70% die Arbeitsbelastung sehr hoch ist. Aber in den anderen Zeiten ist alles gut abzuarbeiten.

Auf Nachfrage von Frau Ehlert informiert Frau Biedenweg, dass die Frauen ihre Aufgaben nach Möglichkeit selbständig abarbeiten sollen. Wenn Probleme jedoch gesehen werden, unterstützen die Mitarbeiter.

Nachbetreuung wird im Abschlussgespräch angeboten. Der Bedarf ist auf jeden Fall da.

Frau Quintana Schmidt erfragt, an wen sich betroffene Männer wenden. Dazu teilt Frau Biedenweg mit, dass es Beratungsstellen gibt, an die sich die Männer wenden können.

## **zu 5      Verschiedenes**

Herr Bogusch informiert, dass heute am Lindenkreisel (Lindenrondell) Baumpflegearbeiten stattgefunden haben.

Weiter hat dort ein Vor-Ort-Termin mit der Firma, die den Spezialbelag eingebracht hat, stattgefunden. Der Trocknungsgrad ist immer noch nicht erreicht. Bei einer Freigabe würde die Gewährleistung entfallen. Das soll jedoch verhindert werden.

Sobald es trockener wird kann ggf. Ende März oder Anfang April der Bauzaun abgebaut werden.

Zur Karl-Marx-Straße teilt Herr Bogusch weiter mit, dass die Unfallzahlen in 2015 aussagen, dass es keinen Unfall mit Radfahrern gab. Weitere Unfälle mit PKW haben stattgefunden. Die genauen Orte müssen noch zugearbeitet werden.

Herr Kremser bezieht sich auf einen Artikel aus der Ostseezeitung zum Thema „Schimmel in der Berufsfachschule“. Er findet diesen Zustand unhaltbar.

Weiter teilt er mit, dass am Grünhufer Bogen Schilder mit „30 bei Nässe“ aufgestellt wurden.

Herr Kremser beantragt das Rederecht für Herrn Ruddies:  
Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Frau Dr. Stahlberg fragt nach, was mit dem „Birkenweg“ im Stadtwald ist. Dazu informiert Herr Bogusch, dass dort im Frühjahr weiter gebaut werden soll.

Zum Grünhufer Bogen erläutert Herr Bogusch, dass dort eine Unfallhäufungsstelle verzeichnet wurde.

Die Reduzierung auf Tempo 30 ist in dieser Kurve notwendig, um die Unfälle zu reduzieren.

Herr Ruddies informiert, dass an der Kita Spielkiste eine Kurzhaltezone für Eltern eingerichtet wurde. Vom Younior Hotel kommend gilt „30“ und aus Richtung des Knieperwall kommend gilt „50“ weiter. Dann stehen Hinweisschilder zum Spurwechsel genau auf Höhe der Kurzhaltezone.

Er schlägt vor, Hinweisschilder für die Kita aufzustellen und die „30“ nochmals auszuschildern.

Herr Bogusch erläutert, dass vor dem Younior Hotel „Tempo 30“ mit Zusatz „Kinder“ aufgestellt wurde, da die Kinder dort die Straße gequert haben, ohne über die grüne Ampel zu gehen. Dadurch gilt die „Tempo 30“ nach der Kurve nicht mehr.

Herr Bogusch schlägt vor, dass er das Thema in die Verkehrsberatung mit anderen Behörden mitnimmt und es dort besprechen wird.

Frau Ehlert macht den Vorschlag das Schild „wegen uns“ aufzustellen.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

## **zu 9      Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil**

Die Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Beratungsergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

gez. Sabine Ehlert  
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt  
Protokollführung